

Solidarität in Corona-Zeiten

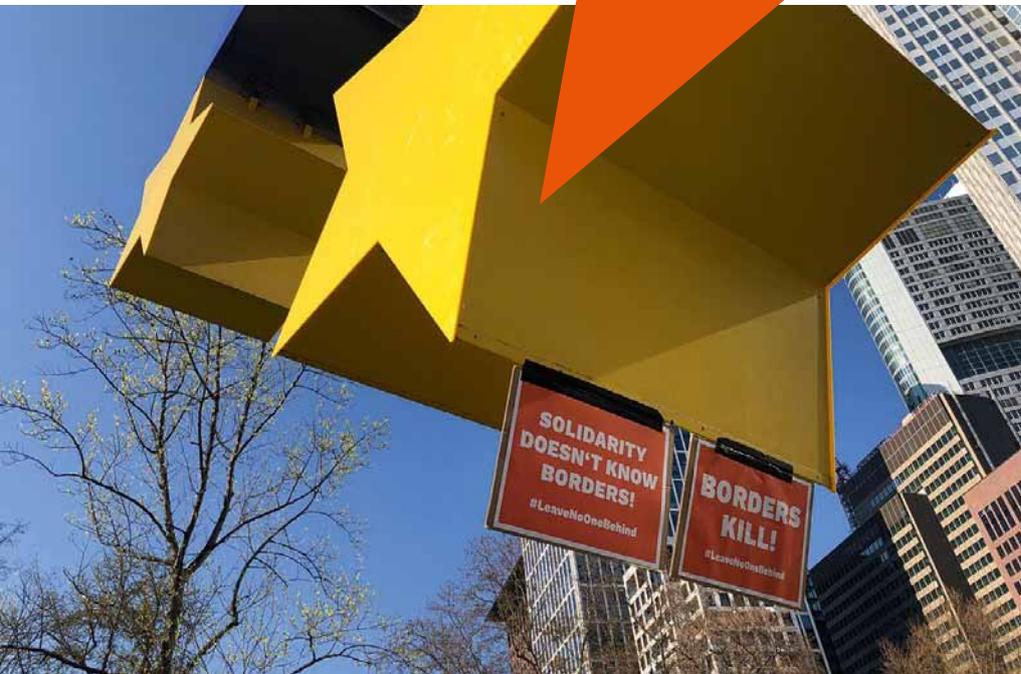


Foto: Johanna Emge

Unsere Solidarität gilt zuallererst den Geflüchteten in Moria und allen, die in Lagern sitzen oder an Grenzen festgehalten werden. Die letzten Wochen haben gezeigt, dass die EU-Regierungen weiter auf tödliche Abschottung statt auf Humanität setzen. Der deutsche »Alleingang«, 1.500 Menschen aufzunehmen, ist dabei nur Augenwischerei. Das Abschotten von Grenzen ist Sinnbild des Festhaltens an einer Weltordnung, die alle durch Klimawandel und Kriege verursachten Krisen ignoriert und die überkommenen Machtverhältnisse um jeden Preis erhalten will.

Zurzeit reicht es noch nicht, dass wir zusammen mit vielen anderen »Wir haben Platz!« rufen. Auch für einen sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, den wir als Ausweg aus Corona fordern, reicht es noch nicht. Der jüngst veröffentlichte UN-

Bericht zu Klima und Corona gibt uns einmal mehr Recht, und die Aktionen der Klimagerechtigkeitsbewegung – an denen Attac beteiligt ist – machen Mut. Sei es im Braunkohletagebau, zum Erhalt des Dannenröder Forsts gegen weiteren Autob(w)ahnsinn, sei es bei der Unterstützung der ÖPNV-Beschäftigten in ihrem Tarifkampf für bessere Arbeit.

Gleichzeitig vertieft sich die soziale Spaltung. Je länger Corona dauert, umso mehr wächst die Angst bei denjenigen, die nicht abgesichert sind. Seien es Bezieher*innen von sozialen Leistungen, Menschen aus dem Kultur- und Veranstaltungsbereich und andere Soloselbständige oder Bezieher*innen von Kurzarbeitergeld, die nicht wissen, ob ihre Firma Corona überlebt. Sie müssen abgesichert werden. Dass Geld locker gemacht werden kann, hat Regierungshandeln gezeigt. Unsere Forderungen nach Umverteilung und Steuergerechtigkeit bleiben aktuell.

Inhalt

Aktuelles

Krankenhaus statt Fabrik – 2 –
Hintergrund

Das Billigfleisch-System stoppen – 3 –
Modern Money Theory – 5 –

Meinung

Vorsicht vor Querfront – 4 –

Kalender

Rückblick – 6/7 –

Portrait

Menschen in Attac – 8 –

International

Die Corona-Pandemie und der Globale Süden – 9 –

Bildung

Attac-Unterrichtsmaterialien – 10 –

Aktiv

Dannenröder Forst – 11 –

Der Deutschen Bank und anderen, die nach jüngsten Enthüllungen weiterhin Milliarden durch Geldwäsche verdienen, muss das Handwerk gelegt werden. Aber es braucht zivilgesellschaftlichen Druck, um Teilhabe aller in diesen Zeiten herzustellen. Die angelaufene Europäische Bürgerinitiative Grundeinkommen kann dabei ein Baustein sein. Denn nur, wer sich nicht zwischen dem Ende des Monats und dem Ende der Menschheit entscheiden muss, hat den Kopf frei, über notwendige radikale Veränderungen nachzudenken. Wie soziale Absicherung in einer Branche aussehen kann, deren ökologischer Rückbau unausweichlich ist, zeigen wir am Beispiel der Autoindustrie. Gute Konzepte allein reichen aber nicht. Es gilt, sie durchzusetzen.

Achim Heier, Attac-Koordinierungskreis

Kampagne für solidarisches Gesundheitssystem

Fallpauschalen jetzt abschaffen!

Die Corona-Pandemie zeigt deutlich, was im deutschen Gesundheitssystem falsch läuft: 30 Jahre neoliberale Gesundheitspolitik haben nur den privaten Klinikkonzernen genutzt. Spätestens seit Einführung der Fallpauschalen (DRG-System) stehen in deutschen Kliniken nicht mehr die Bedürfnisse der Patient*innen im Mittelpunkt, sondern die betriebswirtschaftlichen Gewinne. Die Profiteure dieses Systems sind die privaten Fachkliniken, die sich die Rosinen – also die lukrativen Behandlungen – herauspicken können. Bezahlt werden ihre Dividenden mit Beiträgen aller Versicherten. Kein Wunder, dass die Welle der Krankenhausprivatisierungen nicht abebbt. Die Verlierer sind die großen Allgemeinkrankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft – und mit ihnen die Patient*innen und Beschäftigten. Auch die Corona-Maßnahmen für Krankenhäuser folgen weiter dem vertrauten Prinzip »Verluste sozialisieren, Gewinne privatisieren«.

Doch dagegen rührt sich nun breiter gesellschaftlicher Protest. Mit der Coronakrise eröffnet sich erstmals seit Jahren eine Chance, die Abschaffung der Fallpauschalen und eine Rekommunalisierung der Krankenhäuser durchzusetzen. Diese Chance will Attac nicht ungenutzt verstreichen lassen. Deswegen bereitet die bundesweite Attac-Arbeitsgruppe »Soziale Sicherungssysteme« gemeinsam mit dem Bündnis »Krankenhaus statt Fabrik« und regionalen Gesundheitsbündnissen eine Kampagne für die Abschaffung der Fallpauschalen und eine kostendeckende Finanzierung von Krankenhäusern und Pflege vor. Ziel ist es, bis zur Bundestagswahl Druck für eine grundlegende Reform der Krankenhausfinanzierung aufzubauen. Attac-Aktivist*innen werden unter anderem die Gesundheitsministerkonferenz mit den Forderungen konfrontieren, begleitet von Aktionen. Auch die Unterstützung der Tarifrunde im öffentlichen Dienst ist ein wichtiger Baustein: Dabei geht es vor allem um höhere Bezahlung der Pflegekräfte und eine bessere Personalausstattung in der Pflege.

Die Kampagne ist eingebettet in die Kritik an der zunehmenden Ökonomisierung der Sozialsysteme, die bei Attac von Beginn an eine herausgehobene Rolle spielt: Kampagnen gegen die Privatisierung der Altersversorgung (Stichwort »Riester-Rente«), Proteste unter dem Motto »Gesundheit ist keine Ware« und die Forderung nach einer solidarischen Bürger*innenversicherung haben bis heute Spuren in der gesundheitspolitischen Debatte



Foto: Stephanie Handtmann

hinterlassen. Die Attac-AG »Soziale Sicherungssysteme« hat die Kritik vor allem an der Neoliberalisierung des Gesundheitswesens fortlaufend vertieft und in mehreren Veröffentlichungen die inhaltliche Grundlage für die Positionierung von Attac in diesem Politikfeld geschaffen. Als einen der folgenreichsten Paradigmenwechsel hin zu Privatisierung und Gewinnmaximierung hat Attac die Einführung eines neuen Finanzierungssystems für Krankenhäuser durch Fallpauschalen im Jahr 2004 identifiziert und daher seine Arbeit zunehmend auf den Widerstand gegen dieses System fokussiert.

Im Wissen, dass nur verschiedene Akteure gemeinsam in der Lage sind, den Kampf für ein solidarisches Krankenhausfinanzierungssystem erfolgreich zu führen, haben Attac und der Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte (vdää) 2015 das Bündnis »Krankenhaus statt Fabrik« gegründet, in dem sich gesundheitspolitische Akteure gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen engagieren. Dessen Ziel war von Anfang an die Abschaffung des DRG-Systems, verbunden mit der bedarfsgerechten Finanzierung der Krankenhäuser und dem Verbot, mit dem Betrieb von Krankenhäusern Gewinn zu erzielen.

Wie berechtigt die Warnungen vor dem DRG-System waren und sind, zeigen die dra-

matischen Fehlentwicklungen in den Krankenhäusern: Personalnot, Über-, Unter- und Fehlversorgung verschärfen sich seit Jahren. Doch in der Coronakrise werden nun auch zunehmend Stimmen aus der Politik und Fachgremien lauter, die ähnliche Forderungen wie Attac und seine Bündnispartner erheben und für ein Ende des Fallpauschalensystems, eine kostendeckende Finanzierung der Krankenhäuser und die bessere Ausstattung der Pflege bis hin zur Rekommunalisierung der Krankenhäuser eintreten. Zu diesen Stimmen zählen etwa die Deutsche Krankenhausgesellschaft, die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein sowie der nordrhein-westfälische Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann von der CDU.

Damit eröffnet sich erstmals seit vielen Jahren ein Fenster, tatsächlich substanzielle Verbesserungen im Gesundheitswesen durchzusetzen. Umso wichtiger ist es, jetzt gemeinsam für ein solidarisches Gesundheitssystem in öffentlicher Hand zu streiten – auf Bundesebene und vor Ort, wo immer es geht. Denn: Gesundheit ist keine Ware.

Dagmar Paternoga, Attac-AG Soziale Sicherungssysteme

krankenhaus-statt-fabrik.de

Fleischindustrie unter dem Corona-Brennglas

Das Billigfleisch-System stoppen



Foto: Boris Loheide

Schon wieder ein Sonderangebot! Auf der Verpackung ist ländliche Idylle abgebildet. Der Umsatz an der Kühltheke stimmt. Und gleichzeitig machen Skandale aufmerksam auf die Schattenseiten des Billigfleisch-Systems.

Billiges Fleisch kommt uns teuer zu stehen: Die Schlachtbetriebe reizen alle Tricks aus, um billigste Arbeitskräfte zu bekommen. Die Arbeit ist körperlich hart und seelisch belastend. Zusätzlich rauben die Vertragskonstruktionen den meist osteuropäischen Leiharbeiter*innen ihre Rechte. Ihre Unterkünfte, für die sie oft teuer bezahlen müssen, bleiben weit hinter vernünftigen Standards zurück. Über 1.500 Corona-Infektionen allein bei Tönnies in Rheda-Wiedenbrück zeigten, wie furchtbar schlecht es auch um die Arbeitssicherheit bestellt ist.

Die Tiere verlieren von Anfang an: Züchtungstricks zwingen sie, innerhalb kürzester Zeit mehr Fleisch anzusetzen als ihre Gelenke verkraften. Die Ställe sind zu eng, die Tiere werden brutal »angepasst«: Ferkeln werden die Ringelschwänze, Küken die Schnäbel abgeschnitten. Kunstlicht bringt »optimale Futteraufnahme« fast rund um die Uhr, von Auslauf keine Spur. Stunden-, manchmal tagelange Tiertransporte und Fließband-Tötungen beenden die kurze Lebenszeit.

Umweltschutz und Menschenrechte fallen dem System weit über Landesgrenzen hin-

aus zum Opfer: Soja aus Regenwaldregionen gehört zur Turbomast, dort vertreibt die Agrarindustrie Menschen und rodet Urwälder. Überschüssige Gülle gefährdet das Grundwasser und die Artenvielfalt. Die Treibhausgase der Massentierhaltung verschärfen die Klimakrise. Die Fleischkonzerne verstehen es, ihre Interessen bei den politisch Verantwortlichen vorzutragen. Dabei hat ihnen die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) bisher in die Hände gespielt. Der Löwenanteil der EU-Agrarmilliarden fließt an die größten Betriebe, Weltmarkt-orientierung zählt.

Auch der Bauernverband motiviert zum Export von Dumpingfleisch. Der Branchenverband, der seit jeher vor allem die großen Betriebe vertritt, hat über Lobbyarbeit und seine Landberatung die Rationalisierung vorangetrieben und die Preisspirale mit angeheizt.

Die meisten tierhaltenden Betriebe haben kaum eine Wahl. Zwischen 2000 und 2020 gaben in Deutschland von rund 125.000 Schweine haltenden Bauernhöfen 100.000 auf. Die verbleibenden Höfe wurden größer und größer, immer automatisierter, digitalisierter – und immer höher verschuldet.

Wie viel Macht haben die Konsument*innen im Einkaufswagen? Es ist und bleibt frustrierend, wie viel Nachfrage das Billigfleisch aus den Kühltheken der Discounter erfährt. Umfragen zeigen, dass die Menschen mehr

Tierschutz wollen – aber bei der tatsächlichen Kaufentscheidung bleiben sie dahinter weit zurück.

Verbraucher*innenschelte allein greift aber zu kurz: Allein die vier Konzerne Edeka, Rewe, Aldi und Lidl kontrollieren 85 Prozent des gesamten Lebensmittelhandels in Deutschland. Dafür stecken sie Millionen in ihre Werbung, unter anderem für Billigfleisch.

Außerdem steckt Sozialpolitik im Kühlregal, denn auch die politischen Entscheider*innen berechnen Sozialleistungen »selbstverständlich« nach den günstigsten Angeboten.

Und leider wirkt sich die Tatsache, dass immer mehr Menschen weniger Fleisch essen oder sogar ganz darauf verzichten, kaum auf das Billigfleischsystem aus, denn der Exportmarkt nimmt jedes Jahr mehr Schweinefleisch auf. So ist Tönnies stolz darauf, bereits über 20 Prozent zu exportieren – bis nach China.

Die gesellschaftliche Akzeptanz für dieses System geht verloren. Derzeit tut sich politisch so viel wie noch nie: Das »Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung« schlug vor, Zielvorgaben für Tierwohl-Verbesserungen zu machen und eine Fleischabgabe zu erheben. Eine Zukunftskommission Landwirtschaft arbeitet in Berlin an weiteren Vorschlägen. Auf europäischer Ebene finden aktuell die GAP-Verhandlungen statt: Die Agrar-Milliarden könnten mit dem entsprechenden politischen Willen durchaus endlich zum Wohl von Tieren, Artenvielfalt und Klima eingesetzt werden.

All das geschieht nicht von alleine, die mächtige Agrarlobby hält dagegen. Agrarministerin Julia Klöckner hält ihr bisher die Treue. Deshalb ist es wichtiger denn je, sich aktiv einzumischen.

Zum Glück gewinnen Alternativansätze an Aufmerksamkeit: Ernährungsräte streiten für ökologisch-regionalen Einkauf für städtische Schulen, Krankenhäuser und Altenheime. Initiativen stärken Bauernmärkte als Verteilstationen regionaler Produkte und lebendigen Austausch zwischen Stadt und Land.

Wenn Widerstand und positive Beispiele tier- und menschenfreundlicherer Tierhaltung wachsen, können wir den Billigfleisch-Wahn-sinn stoppen!

Jutta Sundermann, Mitgründerin von »Aktion Agrar«, zuvor bearbeitete sie bei Attac unter anderem Agrarthemen

aktion-agrar.de

Vorsicht vor Querfrontstrategien

Wie rechte Akteure die Krise nutzen

Monate, nachdem im italienischen Bergamo tausende an Covid-19 erkrankte Menschen starben und man auch in Deutschland die weltweite Dimension der Corona-Pandemie erkannt und massive Gegenmaßnahmen ergriffen hat, wissen wir wesentlich mehr über die Wirkung des Virus und sein Ausbreitungsgeschehen. Im Rückblick erscheint manches Handeln der Bundes- und Landesregierung(en) als in seiner Totalität, insbesondere in der Fläche, überzogen. Die sozialen Schäden standen und stehen kaum außer Frage, und bei den zwischenzeitlich erfolgten Lockerungen muss die Prioritätensetzung kritisiert werden: Aus emanzipatorischer Sicht ist es untragbar, dass zunächst primär wirtschaftliche Interessen bedient und zum Beispiel die Rechte von Kindern lange vollkommen außer Acht gelassen wurden.

Derweil zeigt sich eine in ihrer Zusammensetzung neue Bewegung, die letzteres allenfalls oberflächlich thematisiert, als besonders virulent: Sogenannte Querdenker*innen beanspruchen die öffentliche Aufmerksamkeit. Nach der Berliner Demonstration vom 29. August ist kaum mehr zu leugnen, dass Rechtsradikale dort meist nicht nur deutlich präsent, sondern auch sehr einflussreich sind: Die Agitation von AfD, Identitärer Bewegung, NPD und anderen sowie die Verstrickung von Organisator*innen der Querdenken-Demos mit der Reichsbürger-Szene sprechen für sich.

Auf den ersten Blick überrascht es, dass die Demonstrationen Menschen mit unterschiedlichen politischen Hintergründen ansprechen können – denn keinesfalls jede*r der Demonstrant*innen in Berlin würde sich mit dem gemein machen, was die verschiedenen radikal rechten Akteure gemeinsam propagieren: die Exklusivität der Zugehörigkeit zu einem anhand von rassistischen Kriterien definierten Volk.

Und dennoch ist es kein Zufall, dass am 29. August schließlich eine Heilpraktikerin mit Dreadlocks die kurzzeitige Besetzung der Stufen zum Reichstag ausgelöst hat. Erneut zeigt sich, dass völkische Aktivist*innen heute nicht mehr unbedingt mit Neonazi-Symbolik aufpassen, sondern dass sich die Szene verbreitert und diversifiziert. In dieser spielen seit Jahren auch Querfront-Strateg*innen eine wichtige Rolle. Sie suchen mittels der Verbreitung von Verschwörungsmithen den Anschluss an eine bürgerliche bis in Teilen alternative Szene, um so die Kräfte für den ersehnten rechtsradika-



Foto: Philip Eichler

len Umsturz zu bündeln. Gelingen kann dieser Anschluss, wo der Diskurs der politischen Sphäre entzogen und zu einer Glaubensfrage erhoben wird – denn über Glauben lässt sich nicht streiten. Gepunktet wird mit vermeintlich unverfänglichen Forderungen nach »Freiheit«, »Frieden« und »Liebe«.

Bei genauerer Betrachtung wird allerdings deutlich, dass die Forderungen von »Querdenker*innen« zunächst nahezu vollkommen entpolitisiert daherkommen (»Liebe«). Sie entbehren überdies jeglicher Substanz. Konkrete Forderungen, die für alle Demonstrant*innen gemeinsam tragbar wären, gibt es nicht. Das ist gut zu sehen an der fehlenden Unterfütterung der Forderung nach »Frieden« durch konkrete Anliegen wie Abrüstung und Demilitarisierung. Und sie bedienen rechte bis neoliberale Interessen, zum Beispiel mit einem nicht weiter erörterten Begriff von »Freiheit«. Es fällt ins Auge, dass Formen und Ausdrucksweisen von Solidarität praktisch kein Thema sind. Im Fokus stehen weder die Nöte von gesellschaftlich ausgegrenzten Gruppen, noch die Bedürfnisse von Menschen, die durch die Pandemie besonders gefordert sind und dennoch bzw. erst recht ausgebeutet werden. Schon gar nicht geht es um Zusammenhalt, weder hierzulande noch international. Auch

die ernstzunehmenden wirtschaftlichen Sorgen vieler Menschen werden kaum thematisiert, geschweige denn solidarische Ansätze zu deren Überwindung.

Stattdessen setzen die Protagonist*innen der Bewegung auf die Verteidigung eines radikalen Individualismus mit all seinen Privilegien: Es geht ihnen um ein zutiefst neoliberales Verständnis von Freiheit – die Freiheit, nur auf sich selbst (und die eigene Familie) zu schauen und ansonsten keine Rücksicht zu nehmen. Was zählt, ist das Recht des Stärkeren; die Schwächeren werden sich selbst überlassen. Die pauschale Weigerung, einen Mund-Nasenschutz zu tragen und damit andere zu schützen, ist ein egozentrischer Akt und seine Nähe zu rechter, weil sozialdarwinistischer Ideologie kein Zufall.

Gerade jetzt ist es aber dringend nötig, für einen durchdringenden sozialen und ökologischen Wandel zu streiten und durchzusetzen, dass jedes Leben wichtiger ist als der Profit. Attac steht dafür ebenso wie für das Engagement für eine andere Wirtschaft, die ebendies leisten kann.

Judith Amler, Attac-Koordinierungskreis und Vertreterin im Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus«.

Nützliche Schulden

Geldschöpfung für den sozial-ökologischen Umbau nutzen!



Foto: Hans Joachim Werfl

Keine Angst vor Staatsschulden! Das ist die zentrale Botschaft der Modern Monetary Theory (MMT) die zurzeit angesichts der Frage, wie die Krisenkosten der Pandemie finanziert werden sollen, viel diskutiert wird. Eine gute Nachricht, hat doch die Mainstream-Ökonomie jahrzehntelang Staatsschulden verteufelt und die Politik die schwarze Null gepredigt: Sozialleistungen wurden gekürzt und Investitionen in staatliche Infrastruktur zurückgefahren, um vermeintlich die Staatfinanzen zu sanieren. Die Folgen waren Armut, die Zunahme sozialer Ungleichheit und der Verfall öffentlicher Einrichtungen.

Die Verfechter*innen der MMT sehen sich in der Denktradition des Keynesianismus: Der Staat soll in der Wirtschaftskrise zur Vermeidung von Erwerbslosigkeit schuldenfinanzierte Investitionen tätigen und damit den Massenkonsum sowie das Wirtschaftswachstum ankurbeln. Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie könnten so durch massive, über Schulden finanzierte Staatsausgaben bekämpft werden. Auch die Regierung verfolgt zurzeit eine Politik schuldenfinanzierter Konjunkturprogramme. Doch während sie die Schulden später wieder tilgen will, vertritt die MMT die These, dass dies gar nicht notwendig sei denn der Staat könne im Zusammenspiel mit ›seiner‹ Zentral-

bank aus dem Nichts Kredit und Geld schöpfen. Dem liegt der Chartalismus, eine ökonomische Denkrichtung, zugrunde, nach der ein Staat zur Finanzierung seiner Ausgaben nicht zunächst Steuern einnehmen muss, sondern mit geschöpften Geld Staatsausgaben tätigen kann. Wächst dann die Wirtschaft, vereinnahmt der Staat über Steuern einen Teil der Zuwächse. Dies tut er nicht in erster Linie zur Schuldentilgung, sondern um Inflation zu vermeiden. Keine Krise ist aus Sicht der Vertreter*innen der MMT so tief, dass sie nicht durch Geldschöpfung des Staates und Generierung staatlicher Aufträge überwunden werden könne.

Unabhängig davon, dass die MMT erhebliche theoretische Schwächen aufweist, ist ihre zentrale Botschaft richtig und wichtig: Nicht Staatsverschuldung ist das Problem, sondern Austeritätspolitik und das Dogma der schwarzen Null. Denn Austeritätspolitik überwindet Krisen nicht, sondern verschärft sie in aller Regel.

Problematisch an der MMT ist allerdings zweierlei: Erstens stellt sie den der kapitalistischen Ökonomie innewohnenden Wachstumszwang nicht in Frage. Sie befeuert sie ihn stattdessen mit ihren geld- und fiskalpolitischen Konzepten weiter, ob gewollt oder ungewollt. Die Wirtschaft soll brummen, das Bruttosozialprodukt wachsen und die Lohnarbeit ausgeweitet

werden. Zwar betonen die Vertreter*innen der MMT, mit den staatlichen Programmen solle in erster Linie eine am Gemeinwohl orientierte Produktion finanziert werden, gleichzeitig stellen sie aber die Ressourcenauslastung in den Mittelpunkt. So wird die Frage, was produziert werden soll, zur Nebensache. Zweitens liefert die MMT eine passende Theorie für Vermögende, die nach sicheren Finanzanlagen suchen. Denn ihre zentralen These, dass Staatsschulden gar nicht zurückgezahlt werden müssten solange ausreichend Geld geschöpft würde, ist die beste Begründung für eine permanent laufende Gelddruckmaschine zur Generierung von Zinszahlungen für Vermögende. Den Besitzer*innen großer Vermögen sind sichere Zinsen das Wichtigste, besonders in Krisenzeiten. Solange das angelegte Vermögen permanent Renditen abwirft und sich damit selbst vermehrt, brauchen sie es gar nicht zurück. Wenn über die Produktion von Gütern und Dienstleistungen Renditen nicht mehr so leicht zu erzielen sind, werden sichere Staatsanleihen gerne genommen.

Es ist richtig und wichtig, gemeinsam mit den Verfechter*innen der MMT dem Irrwitz der schwarzen Null entgegenzutreten. Jedoch nicht vorbehaltlos. Staatsausgaben dürfen nicht ungeachtet ihres ökologischen und sozialen Nutzens zur Ankurbelung der Wirtschaft eingesetzt werden. Sie müssen vielmehr ökologisch sinnvoll und sozial gerecht sein, beispielsweise durch Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr zur Beschleunigung einer Verkehrswende, als Tarifierhöhungen für Beschäftigten in der Pflege oder in Form einer Anhebung von Sozialleistungen für Erwerbslose. Mindestens genauso wichtig: Die großen Vermögen müssen über höhere Steuern und eine Vermögensabgabe zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben herangezogen werden! Dies ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch eine der Krisenprävention. Denn es sind immer wieder die riesigen Vermögenswerte, die auf der Suche nach rentablen Anlagemöglichkeiten die nächste Finanzkrise verursachen. Schuldenfinanzierte Staatsausgaben können nur in dieser Kombination sinnvoll für eine sozial-ökologische Transformation genutzt werden – immer mit dem Ziel, auf längere Sicht die heutige profitorientierte Wirtschaftsweise zu überwinden.

Thomas Eberhardt-Köster,
Attac-Koordinierungskreis



Cum-Ex-Protest in Commerzbank-Filiale,
Foto: Stephanie Handtmann



Solidarität mit Besetzung im Dannenröder Wald,
Foto: Stephan Kettner

Rückblick

13. August 2020

Unterrichtsmaterial: Faire Arbeit als Thema für Kinder

Unter dem Titel »Faire Arbeit – gutes Leben?!« veröffentlicht Attac zusammen mit dem Humanistischen Landesverband Berlin-Brandenburg und dem EPIZ Berlin neue Unterrichtsmaterialien für die Klassen 4 bis 6. Das Thema Arbeit berührt Fragen von Gerechtigkeit und gutem Leben, die besonders die kommenden Generationen für sich beantworten müssen.

20. August 2020

Broschüre: EU-Mercosur-Abkommen fördert Handel mit riskanten Pestiziden

Das EU-Mercosur-Abkommen wird den Export von in der EU nicht zugelassenen Pestiziden nach Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay weiter antreiben. Profitieren werden davon Bayer, BASF und Co. Rückstände hochgefährlicher Pestizide können auch auf den Tellern europäischer Verbraucher*innen landen. Das zeigt die von Attac mit herausgegebene Broschüre »EU-Mercosur – ein giftiges Abkommen«.

25. bis 30 August

Positive Visionen beim Kongress »Zukunft Für Alle«

Eine Zukunft für alle, gerecht und ökologisch. Wie geht das? Diese Frage diskutieren 1.500 Teilnehmer*innen beim gleichnamigen Kongress, den Attac mit ausrichtet. Das Programm versammelt Beiträge aus globalisierungskritischen und sozialen Bewegungen, von Gewerkschaften, NGOs und aus der Wissenschaft.

Attac beteiligt sich mit 20 Veranstaltungen an dem größtenteils digitalen Kongress.

27. August 2020

Covid19: Attac warnt vor weiterer Bevorzugung privater Kliniken

Das Bundesgesundheitsministerium plant eine Neuregelung der Corona-Ausgleichszahlungen für Krankenhäuser. Attac warnt davor, weiterhin private Kliniken gegenüber öffentlichen Krankenhäusern zu bevorzugen. Von den bisherigen Coronahilfen haben private Fachkliniken profitiert, große Allgemeinkrankenhäuser sind oft auf ihren Kosten sitzen geblieben.

28. August 2020

Corona: Für soziale Gerechtigkeit und ökologischen Umbau

Vor der »Querdenken«-Demo in Berlin ruft Attac dazu auf, sich auch in der Coronakrise für soziale Gerechtigkeit und den ökologischen Umbau einzusetzen, statt mit Nazis und Verschwörungsideolog*innen gemeinsame Sache zu machen. Die Politik muss die Folgen der Coronakrise beheben, die globalen Klima- und Ressourcenprobleme bekämpfen und für mehr Verteilungsgerechtigkeit sorgen.

1. September 2020

Antikriegstag: USA heizen neuen Kalten Krieg an

In einer Erklärung zum Antikriegstag stellen die Arbeitsgruppe »Globalisierung und Krieg« und die Projektgruppe Europa von Attac fest, dass sich ein neuer Kalter Krieg anbahnt: Fast täglich eskaliert die Trump-Administration die Spannungen mit China. Auch gegen Russland wird eine intensive Konfrontationspolitik

verfolgt, an der sich auch Deutschland und die EU beteiligen. Dabei erfordert die Zivilisationskrise mehr denn je globale Kooperation.

1. September 2020

Podcast über das Leben im Jahr 2048

Wie sieht die Welt im Jahr 2048 aus, wenn es gut gelaufen ist? Wie lebt es sich, wenn wesentliche Vorschläge von Attac und anderen emanzipatorischen Bewegungen umgesetzt sind? Dieser Frage geht das Hörspiel »2048 – Szenen aus einer Welt von morgen« nach. Erstellt haben den 45-minütigen Podcast Attac-Aktive gemeinsam mit den »Audio-utopistas«, eine Gruppe von Aktivist*innen, Journalist*innen und Wissenschaftler*innen.

attac.de/audioutopistas

8. September 2020

Attac fordert Mobilitäts- statt Autogipfel

Die Bundesregierung lädt mal wieder zum Autogipfel. Mit am Tisch sitzen die Autoindustrie, die IG Metall und Betriebsräte. Nicht dabei sind Umwelt- und Klimaschützer*innen sowie Aktivist*innen für eine sozial-ökologische Verkehrswende. Gemeinsam mit LobbyControl setzt sich Attac für einen echten Mobilitätsgipfel mit breiter und ausgewogener Beteiligung der Zivilgesellschaft ein.

8. September 2020

Cum-Ex-Protest: Commerzbank in Krankenhaus verwandelt

Aktivist*innen von Attac und Verdi verwandeln die Commerzbank-Filiale im Frankfurter Commerzbankenturm symbolisch in ein Krankenhaus. Damit machen sie auf den Cum-Ex-Skandal und die Verwicklung der Commerzbank aufmerksam. Das geraubte Steuergeld fehlt gerade



Aktionswoche für Verkehrswende und Klimaschutz,
Foto: attac.de



Aktiv-Wochenende für Klimagerechtigkeit,
Foto: Anneke Detjens

in Corona-Zeiten für ein gut ausgestattetes Gesundheitswesen. Attac und Verdi fordern, die geraubten Cum-Ex-Milliarden konsequent zurückzuholen und in das Gesundheitssystem zu stecken.

9. September 2020

Allgemeine Viertageweche jetzt durchsetzen

Der IG-Metall-Vorsitzende hat eine breite Medienebatte um die Einführung der Viertageweche angestoßen. Gut so, findet die Attac-Arbeitsgruppe Arbeitfairteilen, kritisiert den Vorstoß aber als nicht weitgehend genug. Die Attac-AG setzt sich für eine tariflich abgesicherte allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit ein.

9. September 2020

Moria: Das Mindeste tun und Menschenleben retten!

Anlässlich der Brände im griechischen Flüchtlingslager Moria fordert Attac die Bundesregierung auf, schutz- und obdachlose Menschen sofort zu evakuieren und aufzunehmen. Der Brand und die elenden Verhältnisse in Moria und anderen Flüchtlingslagern sind das Ergebnis einer gewollten EU-Politik der Abschottung.

14. September 2020

Solidarität mit Besetzung im Dannenröder Wald

Knapp 30 Akteur*innen der Klimagerechtigkeitsbewegung – darunter Attac – solidarisieren sich in einem offenen Brief mit der Waldbesetzung im Dannenröder Wald in Hessen. Angesichts der drohenden Räumung fordern sie ein sofortiges Moratorium für den Ausbau der A49 und den Erhalt des Dannenröder Waldes.

18. bis 26. September

Aktionswoche für Verkehrswende und Klimaschutz

Bundesweit gehen Aktivist*innen – darunter viele Attacies – auf die Straßen, um der Forderung nach einer Verkehrswende und Klimaschutz Nachdruck zu verleihen. Attac hat mit zu den Aktionen aufgerufen. Ziel ist ein grundsätzlicher Politikwechsel: weg von der Dominanz des motorisierten Individualverkehrs und hin zu Fuß-, Fahrrad-, und öffentlichem Bus- und Schienenverkehr – und zwar schnell.

25. September 2020

Mit Fridays for Future auf den Straßen

Beim globalen Klimastreik der Fridays-for-Future-Bewegung gehen allein hierzulande an 450 Orten Menschen für Klimagerechtigkeit auf die Straßen, weltweit sind es 3.000 Orte. Attac unterstützt die Proteste und fordert gemeinsam mit einem breiten Bündnis starke EU-Klimaziele, den Kohleausstieg bis 2030 und eine sozial-ökologische Wende.

25. bis 27. September 2020

Aktiv-Wochenende für Klimagerechtigkeit

Global denken, lokal handeln! An diesem Wochenende geht es rund für Klimagerechtigkeit: beim Klimastreik, der Waldbesetzung im Dannenröder Forst in Hessen und den Anti-Kohleprotesten von »Ende Gelände« im rheinischen Braunkohlerevier. Viele vor allem junge Attac-Aktive beteiligen sich an dem Zivilen Ungehorsam.

25. September 2020

Europäische Bürgerinitiative für bedingungslose Grundeinkommen startet
Die Europäische Bürger*inneninitiative (EBI)

für ein bedingungslose Grundeinkommen in der EU beginnt. Mit ihr wird die EU-Kommission aufgefordert, »einen Vorschlag für bedingungslose Grundeinkommen in der gesamten EU zu machen, welche die regionalen Ungleichheiten verringern, um den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der EU zu stärken«. Attac unterstützt die EBI.

30. September 2020

Krankenhäuser: Fallpauschalen abschaffen, Lohndumping beenden!

Mit einer Aktion vor dem Tagungsort der Gesundheitsminister*innenkonferenz in Berlin verleihen Attac-Aktivist*innen der Forderung nach einem Systemwechsel bei der Finanzierung von Krankenhäusern Nachdruck. »Private Profite gefährden die Gesundheit – Fallpauschalen abschaffen, Lohndumping beenden« lautet das Motto. Attac setzt sich für ein Ende der Fallpauschalen sowie für angemessene Löhne und die Rekommunalisierung von Krankenhäusern ein.

16. bis 18. Oktober 2020

Digitaler Herbstratschlag von Attac

Hauptthema beim Herbstratschlag des Attac-Netzwerks sind die sozial-ökologische Transformation und die Frage nach Strategien in Zeiten von Corona. Es gilt Alternativen aufzuzeigen und den Druck für ihre Durchsetzung zu erhöhen. Wie das gehen kann, darüber diskutieren die Teilnehmer*innen während des wegen Corona rein online stattfindenden Treffens. (Termin nach Redaktionsschluss)

Termine unter:
attac.de/veranstaltungen

Menschen in Attac

Politische Bildung für eine bessere Welt



Foto: Stephanie Handtmann

Holger Oppenhäuser, 47, arbeitet als Bildungsreferent im Attac-Bundesbüro. Wir haben mit ihm über seinen Job, seine Motivation und sein Verständnis von politischer Bildungsarbeit gesprochen.

Holger, du arbeitest seit gut zehn Jahre bei Attac – was genau tust du?

Angefangen habe ich 2009 als Gruppenunterstützer, seit 2015 bin ich hauptsächlich für die Erstellung von Bildungsmaterial für Schulen und die außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung zuständig. Das liegt mir sehr, weil ich selbst durch die politische Bildungsarbeit in einem katholischen Jugendverband geprägt wurde und vor meiner Zeit bei Attac in der Bildungs- und Beratungsarbeit gegen rechts gearbeitet habe.

Wie bist du überhaupt zu Attac gekommen?

Meine Frau hat mir damals die Stellenausschreibung geschickt mit den Worten: »Schau mal, Attac, aber vielleicht willst Du Dich trotzdem bewerben«. Ich hatte die Entstehung von Attac von außen beobachtet und fand das am Anfang eher suspekt. Ich war damals in Bewegungsgruppen aktiv, die zum Beispiel gegen Abschiebeknäste mobilisiert haben, aber auch schon zum G8-Gipfel 1999 in Köln. Attac wirkte auf mich zum einen zu brav und möchtereinstaatstragend, zum anderen schienen mir die Diskussionen der 90er-Jahre um Rassismus, um Gender oder um ungewollte Schnittstellen nach rechts noch nicht wirklich angekommen.

Aber am Ende hast Du Dich beworben. Was gefällt dir an der Organisation?

Dass das Selbstverständnis und, wenn es drauf ankommt, auch die Praxis zu den genannten Punkten doch recht klar ist. Ich habe gesehen, dass Attac – als Bildungsbewegung – ein Ort ist, an dem genau solche Fragen diskutiert werden können. Und ich finde auch den Bogen zwischen einzelnen an sich sinnvollen Reformvorschlägen und einer grundsätzlichen Kapitalismuskritik richtig, nicht zuletzt wegen der politischen Scharnierfunktion zwischen unterschiedlichen Spektren. Deshalb war ich froh, dass ich den Job bekommen habe und arbeite bis heute sehr gerne bei Attac.

Stichwort Bildungsbewegung: Du bist verantwortlich unsere Bildungsbausteine für Schulen. Wie entstehen diese?

Die Materialien werden von einer Gruppe von Bildungspraktiker*innen aus verschiedenen Bereichen erarbeitet. Da sind angehende und pensionierte Lehrer*innen dabei, Fachdidaktiker*innen aus der Uni und Leute mit Erfahrung in der außerschulischen Bildung. Wir greifen Attac-Themen wie Handelsverträge, globale Arbeitsverhältnisse oder Klimagerechtigkeit auf und bereiten sie didaktisch so auf, dass sie an Lehrplanthemen anschließen und im Unterricht eingesetzt werden können. Daneben koordiniere ich die Veröffentlichung von Grundschriftmaterialien. Hier hat Attac bisher mit dem Humanistischen Verband Berlin Brandenburg kooperiert für

den künftig das EPIZ – Zentrum für globales Lernen Berlin einsteigt.

Was zeichnet die Attac-Materialien aus?

Methodisch achten wir auf abwechslungsreiche und kooperative Lernformen, so dass die Schüler*innen aktiv einbezogen werden. Dadurch kann das Material auch gut in der außerschulischen Bildungsarbeit, etwa von Gewerkschaften, genutzt werden. Inhaltlich wollen wir der Flut von kostenlosen Unterrichtsmaterialien aus dem Unternehmenslager etwas entgegensetzen, denn die sind in der Regel neoklassisch geprägt. Bei uns kommen auch neoklassische, neomarxistische, feministische und ökologische Ansätze vor. Vor allem aber stellen wir Menschen in den Mittelpunkt, die in bestimmten Verhältnissen leben und arbeiten, die vielleicht Migrationserfahrungen haben, die mit geschlechtsspezifischen Problemen konfrontiert sind und nicht zuletzt Menschen, die sich politisch organisieren und sich für bessere Lebensbedingungen einsetzen.

Wie realistisch ist es denn überhaupt, dass Attac-Inhalte neben Bildungsmaterialien der Wirtschaftslobby Eingang in den Unterricht finden?

Das hängt sehr stark von den jeweiligen Lehrkräften ab. Manche stellen Attac schnell unter Ideologieverdacht, während sie beispielsweise der lobbynahen Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), die sehr viele Materialien in die Schulen bringt, zuschreiben, »was von Wirtschaft zu verstehen«.

Von der Fachöffentlichkeit und auch von Lehrer*innen haben wir bisher nur gute Kritiken bekommen. Gute politische Bildung muss Alternativen sichtbar machen. In der Fachdebatte heißt das Kontroversitätsprinzip. Und eine wirkliche Kontroversität schaffen wir ja oft erst, indem wir dem allgemeinen neoliberalen Grundrauschen Alternativen entgegensetzen.

Allerdings müssen die kritischen Lehrer*innen das Material auch finden, da sind wir auf Mundpropaganda angewiesen. Wir stellen unsere Sachen kostenlos ins Internet und vertreiben sie zum Selbstkostenpreis im Webshop. Es wäre schön, wenn alle Leser*innen die Lehrer*innen im Bekanntenkreis darauf aufmerksam machen!

Interview: **Stephanie Handtmann**

attac.de/bima

Wie durch ein Brennglas

Die Folgen der Corona-Pandemie für Länder des Globalen Südens

Seit mehr als sechs Monaten lebt die Welt eine »neue Normalität«, ausgelöst durch die Corona-Pandemie. Regierungen verhängten Ausgangssperren, Grenzen wurden geschlossen. Millionen Menschen weltweit verloren ihren Arbeitsplatz. Neben den Gesundheitsfolgen sind vor allem die wirtschaftlichen Konsequenzen der Pandemie fatal – vor allem für Menschen im Globalen Süden.

Als Folge der wirtschaftlichen Einbrüche könnte sich die Zahl der weltweit akut von Hunger bedrohten Menschen in diesem Jahr von 135 auf 265 Millionen verdoppeln, schätzt die Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen. Besonders betroffen sind unter anderem: Jemen, Afghanistan, Äthiopien, der Sudan, der Kongo und Haiti. Die Internationale Arbeitsorganisation gibt an, dass seit März 2020 Arbeitszeitverluste entstanden, die 480 Millionen Vollzeitstellen entsprechen, wovon Lateinamerika am stärksten leidet. Vor allem Frauen sind vom Verlust ihres Arbeitsplatzes bedroht. Sie arbeiten in den Bereichen, die am stärksten von der Pandemie betroffen sind: Dienstleistungs- und Unterhaltungsindustrie, Restaurant- und Hotelwesen und in der Textilindustrie. Die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik schätzt, dass bis Ende des Jahres 35 Millionen Menschen mehr in Armut abrutschen könnten, womit dann 35 Prozent aller in Lateinamerika lebenden Menschen als arm gälten. Lateinamerika ist auch die Weltregion, die derzeit mit am stärksten vom Coronavirus selbst betroffen ist. Dort liegen fünf der zehn Länder mit den meisten aktiven Coronafällen: Brasilien, Argentinien, Peru, Mexiko und Kolumbien.

Dabei ist die Corona-Pandemie nur ein Brennglas für bereits existierende Probleme. Denn der Hunger in der Welt steigt schon seit 2015 wieder an. Bewaffnete Konflikte und Bürgerkriege wie im Jemen und Afghanistan sowie die zunehmenden Hitzeperioden und andere Folgen des Klimawandels sind die Ursache. Die Finanzkrise 2008 sowie der Preisverfall der sogenannten Commodities, also auf dem Weltmarkt gehandelter landwirtschaftlicher Güter und anderer Rohstoffe, rissen Löcher in die Haushalte der Länder des Globalen Südens. Gleichzeitig stieg die Schuldenlast der Entwicklungs- und Schwellenländer laut einer Studie der Weltbank zwischen 2010 und 2018 um 54 Prozent auf insgesamt 55 Billionen US-Dollar. Das entspricht 170 Prozent des Bruttoinlandsproduktes dieser Länder. Neoliberale



Foto: Roland Süß

Regierungen strichen auf Empfehlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) Geld für Sozialleistungen, Gesundheitsversorgung und Bildung, um Schulden tilgen zu können. Argentinien beispielsweise stellte in seinem Haushalt 2019 viermal mehr Geld allein für Zinszahlungen zur Verfügung als für den Bereich Gesundheit.

Allerdings sollten in diesem Zusammenhang auch strukturelle Grenzen, innerhalb derer sich die Regierungen aus Ländern des Globalen Südens bewegen, nicht vergessen werden. Ihre Rolle in der internationalen Arbeitsteilung ist die der Lieferanten von landwirtschaftlichen Gütern und Rohstoffen mit geringem Mehrwert sowie der Bereitsteller billiger, höchst prekär beschäftigter Arbeitskräfte. Diese Rolle lässt es kaum zu, dass sie Überschüsse erwirtschaften, ihre Wirtschaften diversifizieren und sich aus Abhängigkeiten lösen, geschweige denn Schuldendienst leisten, ohne dass dieser zu Lasten der Bevölkerung geht.

Deswegen ist die Corona-Pandemie auch ein Weckruf. Internationale gewachsene Strukturen der Ungleichheit müssen von Grund auf verändert werden. Anzufangen wäre mit einem sofortigen Schuldenschnitt. Das sechsmonatige Aussetzen der Schuldentilgungen für die

25 ärmsten Länder weltweit, das der IWF im April beschloss, ist völlig unzureichend. Handelsabkommen, die die bestehende Arbeitsteilung zementieren, anstatt sie aufzubrechen, dürfen nicht mehr unterschrieben werden. Das Abkommen der EU mit den Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay steht dabei exemplarisch für viele weitere. Patente auf Medikamente, aber auch auf Saatgut darf es nicht geben, entsprechende Abkommen, auch im Rahmen der Welthandelsorganisation, müssen aufgekündigt werden. Regionale, statt globale Lieferketten müssen gestärkt, und Technologietransfer muss garantiert werden. Vor allem aber muss ein Wandel in den Köpfen stattfinden – in denen der Menschen der Industrieländer. Denn es kann nicht sein, dass unser gutes Leben nach wie vor auf der massiven Ausbeutung von Menschen und der Umwelt im Globalen Süden aufgebaut ist. Die Corona-Pandemie hat einmal mehr gezeigt, welche fatale Auswirkungen unsere imperiale Lebensweise hat.

Bettina Müller, Attac Argentinien und Referentin bei Powershift

power-shift.de

Neue Attac-Unterrichtsmaterialien

»Arbeit« für die Grundschule, »Klimawandel« für Sekundarstufen

»Klimaneutral und sozial gerecht – Wege in die Gesellschaft der Zukunft« lautet der Titel der neuen Attac-Bildungsmaterialien für die Sekundarstufen I und II sowie die außerschulische Bildung. Sie behandeln damit ein Thema, das die junge Generation in Gestalt der »Fridays for Future«-Bewegung selbst ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt hat.

Im Zentrum der Attac-Materialien stehen dabei Fragen der sozialen Gerechtigkeit, die mit der Umstellung auf Klimaneutralität verbunden sind und die sich auf globaler, europäischer und nationaler Ebene stellen: Wer hat den Klimawandel verursacht und wer ist davon wie betroffen? Welchen Beitrag müssen die alten Industriestaaten im Verhältnis zum Rest der Welt leisten? Wie kann Menschen auf der Flucht vor Klimaveränderungen geholfen werden? Woher soll das Geld für die notwendigen Investitionen in Zukunftstechnologien kommen? Gibt es gerechte CO₂-Steuern und eine klimafreundliche Geldpolitik? Wie sieht eine gerechte und klimaneutrale Mobilität der Zukunft aus? Ist der Individualverkehr die Lösung und woher kommen die Rohstoffe und der Strom für die Elektroautos? Welche Perspektiven werden für Lohnabhängige aus den fossilen Industrien geschaffen?

Wie in allen Attac-Materialien werden diese Themen mit Möglichkeiten der politischen Partizipation verknüpft: Wie sieht meine und wie sieht unsere Gesellschaft der Zukunft aus? Wie kann ich vor Ort aktiv werden, um für meine Vorstellung einer klimaneutralen und gerechten Gesellschaft zu streiten? Von gefälschten Freifahrtscheinen bis zur Mitarbeit im Fahrgastbeirat werden eine Menge Ideen zur Diskussion gestellt.

Die neuen Grundschulmaterialien unter dem Titel »Faire Arbeit – gutes Leben?!« eignen sich insbesondere für den Lebenskunde-, Ethik-, Religions- und Sachunterricht ab Klasse 4. Sie bestehen aus sechs flexibel einsetzbaren Übungen, die Kinder altersgemäß an verschiedene Aspekte des Themas Arbeit heranzuführen.

Es geht um Definitionen von Arbeit, um Entlohnung, um gesellschaftliche Anerkennung, um die Geschlechtsspezifik von Tätigkeiten und um Kinderarbeit. Damit werden Fragen von Gerechtigkeit und gutem Leben berührt, welche die kommenden Generationen für sich beantworten müssen.

Mit diesem vierten Material endet die Reihe »Wie wollen wir zusammen leben?«, in der Attac



Malena, 16 Jahre, arbeitet auf einem Markt, Bolivien

Hallo, mein Name ist Malena und ich bin 16 Jahre alt. Ich lebe in Bolivien in einer großen Stadt, die El Alto heißt. Meine Mutter und ich stehen jeden Morgen früh auf, um dann um 5 Uhr auf dem Markt zu sein. Dort bereiten wir mit den anderen Frauen und Männern warme Suppen in großen Töpfen zu, die meine Mutter tagsüber verkauft. Nicht weit vom Markt ist das Gymnasium, in das ich zur Schule gehe. Pünktlich um 8 muss ich dort sein. In der Mittagspause hole ich Töpfe mit der Suppe vom Markt, die ich an meine 38 Klassenkamerad:innen vertele. Am meisten freuen sie sich, wenn ich Hühnersuppe mitbringe. Meine Eltern sind vor kurzem vom Land in die Stadt gezogen. Ich werde die erste mit Abitur sein und ich lerne sehr viel, um meine Eltern stolz zu machen. Nach der Schule helfe ich meiner Mutter wieder auf dem Markt. Mein Tag ist voller Arbeit, aber ich schätze mein Leben mit den Menschen, die mich umgeben.

1. Warum, glaubt ihr, arbeitet Malena?
2. Was hätte es für Konsequenzen, wenn Malena nicht mehr arbeiten dürfte?
3. Entspricht Malenas Lebenssituation den Forderungen der arbeitenden Kinder?

Sammle Stichworte. Die Ergebnisse werden im Plenum zusammengetragen.

in Kooperation mit dem Humanistischen Landesverband Berlin-Brandenburg (HVD) bereits die Materialien »Demokratie und Mitbestimmung« (2019), »Kooperation und Solidarität« (2018) sowie »Was ist gerecht?« (2017) veröffentlicht hat. Künftige Grundschulmaterialien entstehen in Kooperation mit dem EPZ Berlin – Zentrum für Globales Lernen, das beim neuen Material bereits als Partner dabei ist.

Hinweis zur Datenverarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:

Tel.: 069–900 281–10

E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz. Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.

Münchener Str. 48

60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069–900 281–10

Fax: 069–900 281–99

E-Mail: info@attac.de

Produktion: Attac Trägerverein e. V.

Redaktion: Judith Amler,

Jule Axmann, Frauke Distelrath,

Stephanie Handtmann, Achim Heier,

Hermann Mahler, Jana Mattert

V.i.S.d.P.: Stephanie Handtmann

Die Materialien erscheinen wie bisher sowohl online als auch gedruckt. Die Druckversion kann im Attac-Webshop für 5 beziehungsweise 10 Euro bestellt werden. Auf der Internetseite attac.de/bima stehen die Materialien als PDF-Dokumente kostenlos zum Download bereit.

shop.attac.de

Junges Attac im Dannenröder Wald

Danni, Danni, Danni? Bleibt, bleibt, bleibt!

Dieser Text ist eine Momentaufnahme von Ende September, kurz vor dem Beginn der Rodungssaison. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses hatte der Vogelsbergkreis eine Räumungsverfügung gegen die Besetzer*innen ab dem 1. Oktober erlassen. Lola ist Aktivistin bei Junges Attac und im Presseteam als Vertreter*in von Aktion Schlagloch dabei.

Die letzte Abendsonne scheint hell durch das Blätterdach auf mich hinab. Im Hintergrund ist leise Musik zu hören und die Vögel zwitschern dazu. Umgeben von Aktivist*innen, die eine Pause vom Baumhausbauen machen, schaue ich mich um: Ich kann einfach nicht fassen, wie schön dieser Wald ist und wie beeindruckend die Waldbesetzung, die hier entstanden ist. Und dann kommt wie immer der schmerzhafteste Gedanke: Genau hier, im Dannenröder Wald in Hessen, soll ab Oktober eine Autobahn gebaut werden – die A49.

Es ist schwer zu begreifen: Wir befinden uns mitten in der Klimakatastrophe. Und trotzdem soll hier eine neue Autobahn gebaut werden. Mitten durch ein Trinkwasserschutzgebiet. Mitten durch diesen alten und gesunden Mischwald. Seit über vierzig Jahren gibt es Widerstand gegen das Projekt; seit einem Jahr ist der Wald nun besetzt.

Die hessische schwarz-grüne Landesregierung hält weiter an dem Plan fest, den über 300 Jahre alten Wald für die Autobahn zu roden. Doch für uns ist klar: Der Danni ist ein von uns gesetzter Kristallisationspunkt für die Mobilitätswende in Deutschland. Seit Jahrzehnten dient die Verkehrspolitik vor allem den Profitinteressen der großen Konzerne und der Autoindustrie. Wir brauchen eine Mobilität, die den Menschen dient. Der globale Güterverkehr muss drastisch reduziert und auf die Schienen verlegt werden. Wir brauchen einen kostenlosen öffentlichen Nah- und Fernverkehr!

Seitdem ich diesen Text begonnen habe, hat sich die Stimmung hier im Danni gewandelt. Das friedliche Vogelzwitschern ist den Geräuschen der Räumpanzer gewichen, die heute (16. September) die ersten Barrikaden im Wald entfernen. Uns steht die Räumung der Baumhäuser bevor, um die Voraussetzung für die Rodung des Walds zu schaffen.

Wir brauchen jede Unterstützung hier im Wald: Kommt in den Danni! – Es gibt organisierte Camps mit buntem Programm, an dem auch Attac beteiligt ist. Außerdem wird es vielfältige kreative Aktionen geben: Demos, aber auch Aktionen zivilen Ungehorsams. Unterstützung in Form von Camp-Orga, Küchenhilfe, Sach- und Geldspenden ist ebenfalls immer willkommen.



Fotos: attac.de

In diesem Sinne: Wir werden alles dafür tun, dass wir noch hier im Danni sind, wenn ihr diesen Text lest.

Vielleicht seid ihr ja auch dabei!

Lola, Aktivistin bei Junges Attac

dannenoederwald.org
aktionschlagloch.blackblogs.org

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.

Tel. 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!



Der CO₂-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Aus der Krise das Richtige lernen – eine Verkehrswende ist möglich!

Die Corona-Pandemie hat vieles verändert – meist nicht zum Guten. Eine der wenigen positiven Auswirkungen war die deutliche Reduzierung des alltäglichen Autoverkehrs und der Einbruch beim Flugverkehr: In den Städten war plötzlich Platz für Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen! Vieles, von dem bisher immer behauptet wurde, es sei schwer oder gar nicht umzusetzen, war auf einmal möglich.

Doch die positive Entwicklung für das Klima und die Luft in den Städten wird schnell verpufft sein, wenn die Krise nicht für eine tiefgreifende Mobilitätswende genutzt wird. Durch Homeoffice statt Büro und mobilem Arbeiten statt Besprechungen kann arbeitsbedingter Verkehr dauerhaft reduziert werden. Gute Erfahrungen wurden in vielen Städten mit neuen provisorischen Fahrrad-

wegen gemacht. Das zeigt: Der Ausbau der Fahrradinfrastruktur kann deutlich beschleunigt werden!

Wie unter einem Brennglas hat die Corona-Pandemie hier und weltweit gezeigt, was wirklich wichtig ist! Lasst uns diese Erkenntnisse dazu nutzen, den dringend notwendigen sozial-ökologischen Umbau zu starten. Der Verkehrsbereich ist dabei ein wichtiges Aktionsfeld mit sehr konkreten Anknüpfungspunkten: **Attac engagiert sich für einen gestärkten öffentlichen Nahverkehr für alle, für mehr Platz für Menschen statt für Autos, für eine klimafreundliche Mobilität – unterstützt uns dabei!**

Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter attac.de/spenden geht das schnell und unkompliziert.

Herzlichen Dank!



Foto: Stephanie Handtmann

Hinweis

Attac ist auf Spenden angewiesen. Satzungsgemäß verfolgen wir gemeinnützige Zwecke. 2014 entzog das Finanzamt Attac die Gemeinnützigkeit mit der Begründung, unser Engagement sei zu politisch. Der Bundesfinanzhof hat diese Sichtweise in seiner Entscheidung vom Februar 2019 aufgegriffen und unsere Klage an die erste Instanz zurückverwiesen. In der Verhandlung am 26. Februar 2020 unterlag Attac; derzeit läuft das Revisionsverfahren. Falls nötig, werden wir den Rechtsweg bis zum Ende ausschöpfen. Derzeit können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF2004

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE 06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE